

# Beisetzung mit rauschendem Fest

**MITTELMEERUNION** Kanzlerin Merkel will Präsident Sarkozy symbolisch abspesen

Von Thomas Gutschker

Dass Angela Merkel und Nicolas Sarkozy wieder miteinander reden, haben sie Anfang der Woche in Hannover bewiesen – mit einem Tête-à-Tête bei Lammrücken, Grünkohl und Bratkartoffeln. Ob sie einander aber auch verstanden haben, wird sich erst bei einem Abendessen am kommenden Donnerstag herausstellen. Dann wollen beide beim Brüsseler Frühjahrsgipfel ihren EU-Kollegen eine gemeinsame Initiative zur Mittelmeerunion präsentieren – jenem Thema, das den Unterhändlern aus Berlin und Paris seit Monaten auf den Magen schlägt.

Zwar besteht nach Darstellung der Bundesregierung kein Zweifel daran, dass der Streit im Grundsatz nach dem hannoverschen Mahl ausgeräumt ist. Immerhin haben Merkel und Sarkozy anschließend einmütig erklärt, dass die Mittelmeerunion ein Projekt aller 27 EU-Mitglieder sein soll, kein exklusives Projekt der Anrainer. Doch stiftete schon zwölf Stunden später der französische Premierminister François Fillon neue Verwirrung: Deutschland werde nur „assoziertes Mitglied“ sein, sagte er in einem Radiointerview, schließlich sei „unbestreitbar, dass Frankreich direktere Interessen hat als Deutschland“. Genau das hatte Merkel eigentlich ausschließen wollen – und ihre Presseleute bemühten sich sogleich, Fillons Äußerungen herunterzuspielen.

Für professionelle Beobachter der deutsch-französischen Beziehungen wirkt das Hin und Her hingegen wie ein Déjà-vu-Erlebnis. „Beim vorletzten Treffen im Dezember gab's schon mal eine Einigung. Aber 48 Stunden später waren beide Seiten wieder bei ihren alten Positionen angelangt“, sagt Daniela Schwarzer, Frankreich-Expertin der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin. Am Nikolaustag hatten sich Sarkozy und Merkel in Paris über das Lieblingsprojekt des Franzosen ausgetauscht. Wie heute hieß es damals, beide Seiten würden einen gemeinsamen Vorschlag präsentieren, Meinungsverschiedenheiten gebe es nicht. Doch sprach Frankreich fortan von vollen Mitgliedern und Beobachtern – was Deutschland als Zweiklassengesellschaft in der EU ablehnt.

## Unzufrieden mit Barcelona

Das ist kein kleiner Konflikt, sondern einer mit enormer Sprengkraft. Vom „ernstesten deutsch-französischen Problem seit Nizza“ spricht Martin Koopmann, Experte für die wechselseitigen Beziehungen bei der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP). Beim EU-Gipfeltreffen von Nizza im Jahr 2000 hatte der offene Streit zwischen den damaligen Regierungschefs Chirac und Schröder zu einem Reformvertrag geführt, der später von allen Seiten als unzulänglich betrachtet wurde. „Wir haben eigene Interessen und einen eigenen Anspruch auch in der Mittelmeerregion, schon wegen des offenen Binnenmarktes“, erläutert Koopmann. Deshalb müsse die Zusammenarbeit mit den südlichen Anrainerstaaten auch im gesamteuropäischen Handlungsrahmen bleiben.

Dieser Rahmen existiert seit 1995 als „euromediterrane Partnerschaft“. Auf einer Konferenz in Barcelona verpflichteten sich alle (zwölf) damaligen EU-Staaten und die anderen Mittelmeeranrainer darauf, einen „Raum des Friedens, der Stabilität und des gemein-

samen Wohlstands zu schaffen“. Zwei dieser Staaten – Malta und Zypern – sind seit 2004 volle EU-Mitglieder geworden. Mit den anderen ist die EU über Assoziierungsabkommen und Aktionspläne im Zuge ihrer Nachbarschaftspolitik verbunden. Im Unterschied zu den osteuropäischen Nachbarn der EU verfügen sie jedoch über keine Beitrittsperspektive.

Mit den bisherigen Ergebnissen des „Barcelona-Prozesses“ ist Berlin so wenig zufrieden wie Paris. Allerdings setzen beide Seiten in ihrer Kritik unterschiedliche Akzente. Frankreich will vor allem die Zusammenarbeit zwischen den Regierungen stärken, um gemeinsam gegen illegale Migranten vorzugehen, die Umwelt zu schützen und den Handel anzukurbeln. Dabei geht es nicht nur um europäische, sondern um genuin französische Interessen. Sowohl mit Libyen als auch mit Marokko hat Sarkozy milliardenschwere Verträge zur Lieferung von Atomkraftwerken geschlossen.

## Gründungsgipfel in Marseille

In Berlin sind diese Alleingänge des französischen Präsidenten mit Nase-rümpfen aufgenommen worden. Die eigentlichen Herausforderungen sehen Fachleute jedoch weniger im wirtschaftlichen Bereich. „Die erhofften Fortschritte in der Demokratisierung und bei der Stärkung der Zivilgesellschaft sind ausgeblieben“, urteilt **Barbara Lippert vom Institut für Europäische Politik**. Die Mittelzuweisung spricht eine klare Sprache. Von den 16 Milliarden Euro, die in der laufenden Finanzplanung (2007 bis 2013) im EU-Haushalt vorgesehen sind, ist nur ein Bruchteil für politische Reformen veranschlagt. „Sarkozy hat mit der Mittelmeerunion ein falsches Signal der Beruhigung an die Partnerländer gesendet“, meint **Lippert**.

Was aber bleibt vom ursprünglichen Konzept nach dem Treffen in Hannover? Merkel hat in ihrer öffentlichen Stellungnahme nur zugestanden, dass der Barcelona-Prozess qualitativ fortentwickelt werde und künftig Mittelmeerunion heißen solle. Details müssten mit den EU-Partnern erörtert werden – beim Abendessen erörtert werden. „Das wirkt wie ein Begräbnis, wir wissen nur noch nicht, welcher Klasse“, sagt **Lippert**. Auch DGAP-Experte Koopmann mag nur einen Impuls für ein, zwei zusätzliche Projekte erkennen, die schnell umgesetzt werden könnten.

Dass die französischen Erwartungen weiter reichen, hat Regierungschef Fillon mit einem Hinweis auf das Vorbild des Ostseerats zu erkennen gegeben. Dieser Zusammenschluss der Ostseeanrainer von 1992 verfügt über abgestufte Mitgliedschaften – Deutschland ist Vollmitglied, Frankreich nur Beobachter – und ein eigenes Sekretariat. Politisch ist er jedoch weitgehend bedeutungslos geworden, seitdem alle vollen Mitglieder außer Russland, Norwegen und Island der EU angehören.

Eine schnelle deutsch-französische Übereinkunft dürfte nur zu erreichen sein, wenn sich Sarkozy mit symbolischen Zugeständnissen abspesen lässt. Immerhin steht er unter Zeitdruck: Die Einladungen zum Gründungsgipfel am 13. und 14. Juli in Marseille hat er nämlich schon ausgesprochen. Ein rauschendes Fest und eine luftige Erklärung zum Auftakt der EU-Ratspräsidentschaft – aus französischer Sicht müsste das kein Widerspruch sein.



**Schwieriges Paar:** In Hannover wollten der französische Präsident und die Kanzlerin ihre Differenzen überwinden – ob es gelungen ist, bleibt offen. FOTO: PETER STEFFEN/DPA